

ÄA 1-6

Änderungsanträge zum Leitantrag A1

Einreicher_innen: LAG Umwelt

Die Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt bittet den Landesparteitag am 02.12.2012 in Frankfurt/Oder die folgenden 8 Änderungsanträge zum Leitantrag des Landesvorstandes zu beschließen:

ÄA 1-6a

Änderungsantrag zu Abschnitt 1

Ersatz Zeile 18 bis 23:

„Als LINKE sind wir mehr denn je gefordert, unter Beweis zu stellen, dass es gelingt kann, sozialpolitische und ökologische Herausforderungen zu meistern und dabei ein vertragstreuer Regierungskoalitionär zu bleiben.

Wir führen einen fairen sozialpolitischen und ökologischen Wettstreit mit der SPD auf der Basis unseres Parteiprogramms, des gemeinsam Erreichten und im Sinne des Gemeinwohls der Menschen in diesem Land. Die bewährte Tradition, der guten Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden sowie Kulturträgern wollen wir erhalten und ausbauen.“

Änderungsantrag zu Abschnitt 2

ÄA 1-6b

Änderung der Überschrift Zeile 25:

„Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit gegen den neoliberalen Mainstream“

ÄA 1-6c

Änderung Satz 1 und Satz 2 Zeile 26 bis 28:

„Elementare Voraussetzung für das Wohl des Gemeinwesens ist das soziale Miteinander in der Gesellschaft. Wir wenden uns gegen jegliche Tendenz soziale und ökonomische Ungleichheit zu verstärken.“

ÄA 1-6d

Änderung ab Zeile 33 bis 41:

„Im Zentrum unserer politischen Anstrengungen stehen die Lebensbedingungen der Menschen. Stets ringen wir um die Lösung sozialer Konflikte, Beseitigung von Missständen und Chancengleichheit.

Unsere Sozialpolitik zielt auf

- gute Lebensbedingungen für Kinder
- gute Bildung für alle,
- gute Arbeit,
- gute gesundheitliche Vorsorge und Versorgung,
- gute Alterssicherung sowie
- Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen für künftige Generationen.“

Änderungsantrag zum Abschnitt 3

ÄÄ 1-6e

Änderung der Überschrift Zeile 47 u. 48:

„Krisenbekämpfung: Finanzmärkte bändigen, flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, extrem hohe Einkommen und Vermögen begrenzen, in die Zukunft investieren“

ÄÄ 1-6f

Text Zeile 50 von „Sie begann als eine Krise...“ bis Zeile 56 streichen!

ÄÄ 1-6g

Text Zeile 57 bis 81 ersetzen durch:

„Der Kurs der Bundesregierung schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der Landesregierung stark ein. Trotzdem setzt sich DIE LINKE Brandenburg für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes ein, in der die Abwälzung der Krisenfolgen auf die sozial Schwachen verhindert wird. Stets kämpfen wir um Verringerung sozialer und ökonomischer Ungleichgewichte.“

Änderungsantrag zu Abschnitt 4

ÄÄ 1-6h

Änderung der Überschrift Zeile 83 und 84:

„Mehr linkes Engagement für ein soziales und demokratisches Europa!“

ÄÄ 1-6i

Text Zeile 5 bis 123 ersetzen durch:

„Der gegenwärtig verfolgte neoliberale Weg zu einer echten europäischen Wirtschafts- und Währungsunion soll mit Schritten zur politischen Union einhergehen. Er ist mit Verlust demokratischer Mitbestimmungsrechte der Menschen und Verlust von Souveränitätsrechten der Völker verbunden.

Das will DIE LINKE verhindern und strebt eine europäische Sozialunion und wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Wahrung demokratischer Mitbestimmung an.

Wir schätzen den Wert der EU zur Friedenserhaltung ihrer Mitgliedstaaten untereinander. Andererseits sehen wir mit Besorgnis den wachsenden Einfluss des globalisierten Finanzkapitals auf ihre zunehmend aggressive Außenpolitik.

Wir als DIE LINKE wollen Brandenburger Europapolitik - in Potsdam, Berlin und Brüssel bzw. Straßburg - so beeinflussen, dass die weitere Militarisierung ihrer Außenpolitik verhindert wird und die EU einen wirksamen Beitrag zur Verhinderung kriegerischer Konflikte um Ressourcen und Einflusssphären leistet.“

ÄA 1-6j

Text Zeile 130 bis 131 streichen!

Änderungsantrag zu Abschnitt 5

ÄA 1-6k

Änderung Text Zeile 135 bis 138:

„DIE LINKE regiert mit dem Anspruch, der gesellschaftlichen Entwicklung neue Akzente und eine neue Richtung zu geben. Wir können die Hauptakzente der Politik – weg vom neoliberalen Mainstream, hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Erneuerung des Landes – verändern!“

ÄA 1-6l

Änderung Text Zeile 141 bis 143:

„Wir sind bestrebt, in der praktischen Politik unsoziale und neoliberale Tendenzen in der Regierungspolitik unseres Koalitionspartners zu überwinden, indem wir Differenzen zu Grundsatzentscheidungen in der Öffentlichkeit darstellen und für **unsere** besseren Argumente werben. Wir vertreten Nachhaltigkeit in ihrer sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimension.“

ÄA 1-6m

Einfügung ab Zeile 143 vor „Es führt zu Nachhaltigkeit....“:

„Profitorientiertes Wirtschaften, das nicht vorrangig den Bedürfnissen der Menschen dient, gefährdet die Stabilität des Klimasystems, führt zu einer Verarmung des natürlichen Genpools sowie zu einer fortschreitenden Degradierung und Versiegelung des Bodens und damit zu einer Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Daher stehen Bemühungen zur Energiewende, zur Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie zum Schutz des Bodens auf der Tagesordnung.

Das Land ist mit natürlichen und kulturellen Reichtümern ausgestattet. Die Festigung und Weiterentwicklung des Schutzgebietssystems und der damit verbundene naturnahe Tourismus sollen weiter zu Markenzeichen unseres Landes ausgebaut werden. Damit werden

gleichzeitig Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit und Maßnahmen der gesunden Freizeitgestaltung gefördert.

Wir wollen erreichen, dass Monokulturen (z.B. Mais) durch eine Landwirtschaft des Fruchtwechsels ersetzt wird, dass regionaler Anbau und Verbrauch von Lebensmitteln auch in den größeren Städten und für sozial schwächer gestellte Menschen möglich wird.

Dem entsprechend vertreten wir eine Wachstumspolitik, die jegliche destruktiven Anteile wirtschaftlichen Wachstums, wie Rüstungsproduktion, klima- und umweltschädliche Ressourcennutzung und einseitige Gewinnorientierung, vermeidet bzw. ausschließt.“

ÄA 1-6n

Textänderung und –Erweiterung Zeile 145 ab „Das beginnt..“:

Das beginnt mit guten Kitas für die Jüngsten und setzt sich mit Inklusion in der Schulpolitik fort, indem wir in der nächsten Legislaturperiode den Übergang zur Gemeinschaftsschule in Brandenburg vollziehen.

Nachhaltigkeit bedingt, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können! Mit dem Vergabegesetz, das einen Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen vorsieht, haben wir das der Landesregierung Mögliche zunächst getan. Jetzt werben wir dafür, bis zum Ende der Legislaturperiode diesen Mindestlohn auf 10 Euro pro Stunde anzuheben.

Wenn wir Fördermittel im Land ausgeben, haben wir dafür ökonomische, ökologische und soziale Kriterien, fördern wir unternehmerisches Engagement und gute Arbeit!

Nachhaltigkeit erfordert Strukturwandel. Strukturwandel wird aber nie ein eindimensionaler, widerspruchsfreier selbsttragender Prozess sein. Wir erleben das derzeit im Energiesektor.

Die Energiestrategie 2030 ist ein Bekenntnis zum Vorrang für Erneuerbare Energien, sie wird jedoch dem gegenwärtigen Tempo der Energiewende nicht mehr gerecht. Die Gestaltung des technologischen und gesellschaftlichen Durchbruchs für erneuerbare Energien ist nur möglich, wenn die Braunkohlen-Verstromung konsequent auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Brückenfunktion reduziert wird. Zwangsabschaltung des Aufkommens erneuerbarer Energien wegen Braunkohlenstrom-Grundlast muss dem Erzeuger angelastet werden, weil hier Grundlast nicht Brücke sondern Bremse für erneuerbare Energien ist und zudem die Netzsicherheit gefährdet.

Das Dogma der Zentralität muss den Chancen der Dezentralität der Energieversorgung weichen. Privat, betrieblich, kommunal und regional relativ autarke Energieversorgung wird von uns gefördert, um die Abhängigkeit von kostenintensiven Stromautobahnen zu verringern. Die organisierte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern schafft Akzeptanz. DIE LINKE des Landes Brandenburg tritt für die Fortschreibung des Erneuerbare –Energien-Gesetz zur Errichtung von Energiespeichersystemen unter Nutzung des Gasnetzes ein. Schrittweise sind so die Voraussetzungen für 100 % erneuerbare Energien zu schaffen.

Für die Energiewende sind viele Akteure gefragt und förderungswürdig, um der einseitig auf Gewinn und Marktbeherrschung orientierten Energiepolitik des Monopolisten Vattenfall das Wasser abzugraben. Stadtwerke sind wieder in öffentlich kontrollierte Hände zu nehmen. Bürger- und kommunale Genossenschaften sind Garanten dafür, dass die Wertschöpfung

durch Energieerzeugung und -Verteilung im Lande bleibt und zur Rückgewinnung kommunalen Handlungs- und Gestaltungspielraumes beiträgt.

Die Gefährdung der Bevölkerung Brandenburgs durch radioaktives Material muss verhindert werden. Bestehende Gefahren müssen für die Menschen offen gelegt und schnellstmöglich beseitigt werden.

Ungenutzte Flächen auf privaten, genossenschaftlichen und öffentlichen Gebäuden sind jetzt gesuchte Ressourcen zur Gewinnung von Wind- und Sonnenenergie. Die Landesregierung unterstützt die Kommunen bei der Bereitstellung von Solarkatastern zur Nutzung von Sonnenenergie für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.“

Änderungsantrag zu Abschnitt 6

ÄA 1-6o

Einfügung zwischen Zeile 191 und 192:

„Um diese Effekte abzuschwächen treiben wir den Ausbau von schnellem Internet und stabilen Mobilfunknetzen in der Fläche des Landes voran.“

Änderungsantrag zu Abschnitt 7

ÄA 1-6p

Hinzufügung nach Zeile 253:

„ - sanktionsfreie Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit“

Änderungsantrag zu Abschnitt 8

ÄA 1-6q

Wortänderung Zeile 281:

„Positionen“ ändern in „Programmpositionen“

ÄA 1-6r

Satzstreichungen bis 289 und 291:

„Die Verteidigung der 2009 gewonnenen Direktmandate ist diesem Ziel untergeordnet.“

„Eine Ausnahme bildet aus jetziger Sicht der Bundestagswahlkreis 59 (MOL-BAR II).“

ÄA 1-6s

Wortänderung Zeile 301:
„Partei“ ändern in „Bevölkerung“

ÄA 1-6t

Textänderung Zeile 301 bis 305 ab „Landesvorstand...“:
„Die VertreterInnenversammlung entscheidet mit ihrer Stimmabgabe aus quotierten Wahlscheinen mit Namenslisten der KandidatInnen in alphabetischer Reihenfolge, mit welchen Bewerberinnen und Bewerbern die Listenplätze besetzt werden sollen.“
Wortänderung Zeile 314:
„gewachsen“ in „gegeben“

ÄA 1-6u

Textänderung und -kürzung Zeile 317 bis 321 ab „Der neue Stil...“:
„Abgestimmtes Agieren ist Ergebnis gegenseitigen Zuhörens und aufeinander Eingehens.“

ÄA 1-6v

Textänderung und -ergänzung Zeile 322 bis Ende ab „Von der Kommune...“:
„Von der Kommune bis zum Europäischen Parlament streitet DIE LINKE für Frieden soziale Gerechtigkeit und demokratischen Sozialismus. Sie kämpft um Zurückdrängung der neoliberalen Praxis im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Es geht um eine Transformation zu einem sozial und ökologisch erneuerten Europa in globaler Verantwortung.“

Begründung unserer Anträge:

Der Leitantrag A 1 des Landesvorstandes enthält nach Auffassung der LAG Umwelt keine klare Abgrenzung von unserem Koalitionspartner, der führenden Regierungspartei des Landes Brandenburg.

Das kann in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen zum Nachteil gereichen, weil DIE LINKE bei den Wählern des Landes Brandenburg ungenügend als eigenständige Partei wahrgenommen wird.

Die SPD und der Ministerpräsident des Landes Brandenburg haben sich noch immer nicht von der Agenda 2010, der Hartz IV-Politik, der Riester-Rente und Rente mit 67 distanziert. Die SPD befürwortet nach wie vor Nato-Auslandseinsätze der Bundeswehr und betreibt eine Umwelt- und Energiepolitik, die neue klima- und umweltschädliche Braunkohlentagebaue und -Kraftwerke nicht ausschließt, obgleich bereits jetzt die vollständige Nutzung des Aufkommens an erneuerbaren Energien durch Braunkohlen-Grundlaststrom verhindert wird. Damit werden die Energiepreise für die Mehrzahl der Verbraucher in die Höhe getrieben.

Nach Auffassung der LAG Umwelt sollte sich der Leitantrag ausdrücklich auf das Erfurter Programm und die Beschlüsse des Göttinger Parteitages beziehen. Differenzen, wie sie im Vorfeld des Göttinger Parteitages aufgetreten sind und dort begraben wurden, sollten unsere Wahlkampfstrategie nicht erneut belasten.